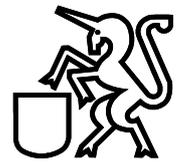


## 22. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 4. Mai 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn, Ratspräsidentin (bis Geschäft 8.1) Peter Bless, Ratspräsident (ab Geschäft 8.2)
Anwesend:	40 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	--
Protokoll:	Marcel Amhof, Sekretär
Stimmzähler:	Rolf Biggel, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Stefanie Huber (GEU), Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 21. Sitzung vom 2. März 2009
3. Ersatzwahl Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)  
Geschäft Nr. 229/2009
4. Postulat FDP-Fraktion „Einsatzprogramm für Langzeiterwerbslose und Sozialhilfebeziehende „Pfleger von Naturschutz- und Kulturgutobjekten“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung  
Geschäft Nr. 105/2007
5. Postulat Hans Baumann (SP) „Konjunkturgerechtes Vorziehen von öffentlichen Investitionen“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 200/2009
6. Postulat Hans Baumann (SP) „Beschäftigungspolitische Massnahmen“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 201/2009
7. Sechs Bürgerrechtsgesuche
  - 7.1 Aleksic Zdravko, Nevenka geb. Filipovic, Bozica und Branka, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Zwinggartenstrasse 49, Dübendorf  
Geschäft Nr. 116/2008
  - 7.2 Stevanovic Dalibor und Mladenka geb. Markovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Neuweg 12, Dübendorf  
Geschäft Nr. 179/2008
  - 7.3 Thomen geb. Stefan Rosalia Maria, französische Staatsangehörige, Alte Gfennstrasse 28, Dübendorf  
Geschäft Nr. 188/2008
  - 7.4 Cha Hee Young, koreanischer Staatsangehöriger, Bühlwiesenstrasse 3, Dübendorf  
Geschäft Nr. 190/2008
  - 7.5 Saliu Sabani Zana geb. Saliu, mazedonische Staatsangehörige, Hallenstrasse 4, Dübendorf  
Geschäft Nr. 193/2008



- 7.6 Ramadani Lokman, Atidza und Zerina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kriesbachstrasse 60, Dübendorf  
Geschäft Nr. 194/2008
- 8. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2009 / 2010
- 8.1 Wahl des Präsidenten des Gemeinderates
- 8.2 Wahl des 1. Vizepräsidenten
- 8.3 Wahl des 2. Vizepräsidenten
- 8.4 Wahl der drei Stimmenzähler

## 1. Mitteilungen

### Mitteilungen der Ratspräsidentin:

- Neues Ratsmitglied  
Für den per Ende April zurückgetretenen Manfred Langbauer hat der Stadtrat Charlotte Meyer als Nachfolgerin bestimmt. Die Ratspräsidentin heisst Charlotte Meyer im Gemeinderat willkommen und bittet sie, sich kurz persönlich vorzustellen.
- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung
  - Parlamentarische Vorstösse: Postulat SP/Juso-Fraktion „Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im städtischen Beschaffungsprozess“, Interpellation Thomas Maier (GEU) „Stadtpolizei und Art der Patrouillen“: Diese Vorstösse werden an der nächsten Sitzung Büro GR geprüft und an der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt. Die Schriftliche Anfrage Thomas Maier (GEU) „Eis im Sommer“ wurde am 29. April 2009 dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.
  - Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2008 wurden der GRPK zur Vorberatung zugewiesen.
  - Das Sachgeschäft „Privater Gestaltungsplan Bogenhaus, Überlandstrasse 197-201“ wurde der KRL zur Vorberatung zugewiesen.
  - 25 Bürgerrechtsgesuche wurden der BRK zur Vorberatung zugewiesen.

### Stellungnahme der Ratspräsidentin zur Geschäftsliste:

Das Büro des Gemeinderates hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, neben der Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2009 / 2010 auch andere beschlussreife Geschäfte auf die Traktandenliste zu setzen. Die beiden Postulate von Hans Baumann, die bereits an der abgesagten April-Sitzung hätten behandelt werden können, sowie die Beantwortung des Postulats der FDP-Fraktion, die schon länger vorliegt, werden deshalb an der heutigen Sitzung behandelt. Neuer eingegangene Geschäfte wurden dagegen auf die nächste Gemeinderatssitzung verschoben.

- Einladungen
  - Die Einladung für das Ratsherren-Schiessen in Rafz vom Montag, 13. Juli, ist im Sekretariat des Gemeinderates eingetroffen und wird zusammen mit dem Protokoll dieser Sitzung an die Ratsmitglieder versendet werden.
  - Als Vorbereitung dazu findet am 14. Mai im Schiessstand Werlen das 7. Behördenschiessen statt. Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann sich bis zum 7. Mai beim Ratssekretär nachmelden.
  - Der Zweckverband ARA Neugut lädt die Mitglieder des Gemeinderates am Montag, 11. Mai 2009 ab 16.45 Uhr zum Rundgang in der ARA ein.
- Nächste Sitzung  
Die nächste GR-Sitzung findet am Montag, 8. Juni 2009 um 19.00 Uhr im Saal des ReZ statt.

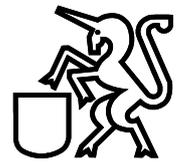


## Fraktionserklärung Orlando Wyss (SVP):

„Vor gut einem Monat haben wir aus der Presse von den Plänen des Stadtrates erfahren, ein neues Verkehrskonzept in Dübendorf einzuführen. Vordergründig wird der Bau der Glattalbahnhalt für die Umsetzung angegeben. Da die Baustellen der Glattalbahnhalt schon seit fast einem Jahr in Betrieb sind und in gut einem Jahr abgeschlossen sein werden, macht es den Anschein, dass die Glattalbahnhalt als Grund vorgeschoben wird, um verkehrstechnische Experimente in Dübendorf durchzuführen. Der Stadtrat nutzt die Gunst der Stunde, um Massnahmen einzuleiten, welche er ohne diesen Aufhänger nie durchsetzen könnte. Die faktische Sperrung der Bahnhofstrasse war schon Ziel der Abstimmung über die Begegnungszone, welche das Volk klar abgelehnt hat. Unter dem Vorwand, das Stadtzentrum zu entlasten, verschiebt er den Verkehr auf Quartierstrassen, welche nicht als Hauptverkehrsachsen gebaut worden sind. Hier wird die Sicherheit der Einwohner gefährdet, welche bei jeder geplanten Massnahme an erster Stelle stehen sollte. Der Stadtrat macht aus der Hermikonstrasse eine Einbahnstrasse, ohne dies mit den Nachbargemeinden abzusprechen. Mit Abbiegeverboten, Strassensperrungen und Einbahnverkehr soll auf dem Buckel der Dübendorfer Einwohner experimentiert werden. Das Dübendorfer Gewerbe, wie auch die SVP Dübendorf sprachen sich in der Presse gegen die Umsetzung dieser Massnahmen aus. An der kürzlich durchgeführten Generalversammlung des Gewerbe-, Handels- und Industrievereins Dübendorf wurde unser Stadtpräsident auf diese Verkehrssperrungen angesprochen. Dort tönte es auf einmal etwas anders. Es sei nicht sicher, dass alle Massnahmen umgesetzt würden, und das Ganze sei schlecht kommuniziert worden. Doch wenn man die Interviews mit unserem Tiefbauvorstand Rolf Güttinger in der Presse und vor allem im Fernsehen anschaut, ist die Stossrichtung klar. Seine Aussagen sind im Sender Züri Plus so zu sehen und zu hören: ‚Es ist ein Legislaturziel, den Verkehr aus dem Stadtzentrum zu bringen und wir haben jetzt die Möglichkeit, dies zwei Jahre auszuprobieren. Wir finden es positiv, dies im Zusammenhang mit der Glattalbahnhalt machen zu können. Es ist noch nicht alles von der Kantonspolizei bewilligt, doch hoffen wir bis Ende Jahr alles umgesetzt zu haben.‘ Nur befindet sich Ende dieses Jahres die Baustelle der Glattalbahnhalt in ihrer Endphase. So ist leicht zu durchschauen, dass die Baustelle Glattalbahnhalt ein vorgeschobenes Argument für unsere Hobbyverkehrsexperten im Stadthaus ist, mit der sie ihre Experimentierfreude ausleben können. Uns ist allen klar, dass es beim Bau der Glattalbahnhalt zu Störungen des Verkehrsflusses in unserer Stadt kommt. Auch mit vorübergehenden Sperrungen oder Umleitungen können wir leben. Wir wehren uns aber dagegen, dass unter diesem Titel eine ideologisch gefärbte Verkehrspolitik eingeführt werden soll. Dass dies die Dübendorfer Bevölkerung auch nicht will, hat sie bisher in ihrem Abstimmungsverhalten über dieses Thema immer klar aufgezeigt. Darum fordern wir den Stadtrat auf, nur Massnahmen einzuleiten, welche kurzfristig je nach Baufortschritt notwendig sind.“

## Persönliche Erklärung Stefanie Huber (GEU):

„Seit letztem September ist ein Integrationskonzept für Dübendorf in Erarbeitung. Zuletzt war dies im Rat im Februar ein Thema, anlässlich der Beantwortung einer Interpellation von Patrick Angele, Stephan Schneider und mir. Damals wollten wir Interpellanten einen zusätzlichen Vorstoss einreichen, um ein paar weitere Fragen beantwortet zu bekommen. Inzwischen hat der angekündigte Workshop mit verschiedenen Interessengruppen stattgefunden, und die Fertigstellung des Integrationskonzeptes sollte Ende Juni gelingen. Ich habe hier eine fertige Schriftliche Anfrage in der Hand, in Absprache mit verschiedenen involvierten Personen werden wir sie im Moment jedoch nicht einreichen, sondern warten das fertige Konzept ab. Darum lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal ein paar Kommentare zuhanden des Stadtrates und der Verwaltung anbringen: Es scheint schon einiges an Aktivitäten in Dübendorf getan zu werden, auch wenn es nicht immer so klar als Integrationsmassnahme sichtbar wird. Das freut uns natürlich zu hören, wir sind gespannt auf nähere Angaben. Zu den Visionen und den Zielvorgaben des Stadtrates hinter dem Integrationskonzept wissen wir allerdings



immer noch nicht viel mehr. Die IST-Situation wird analysiert und man will mit Massnahmen die Situation in Bezug auf Integration und das Zusammenleben verbessern – aber wozu das alles? Wie wäre es mit weitergehenden, ideellen Zielen? Wie könnte Dübi ein gemeinsamer Wohnort für alle Gruppierungen werden, d.h. wie kommen wir zu miteinander statt nebeneinander? Wir freuen uns auf mutige und unkonventionelle Vorschläge und bieten gerne Hand für deren Umsetzung. Der Ansatz des Projektteams wirkt manchmal etwas ‚verwaltungstechnisch‘. Mit den Bemühungen, die Integration und damit das Zusammenleben in Dübendorf zu verbessern, darf nicht an den Migrantinnen und Migranten vorbei gefördert werden. Bei der Umsetzung müssen die Betroffenen direkt einbezogen werden. Vorhandenes Know-how und Kontakte aus bspw. Kirchen und Vereinen sollen einbezogen und so möglichst viele Gruppierungen und Migrationshintergründe angesprochen werden. Aber auch klare Regeln für das Miteinander müssen aufgestellt werden. Alle Seiten sollen einen konstruktiven Beitrag leisten, so dass ein Austausch auch für die ‚waschechten‘ Dübendorfer angeregt wird. Es gibt auf unserer Seite ein paar Frage- und Ausrufezeichen, aber wir sind überzeugt, dass in Dübendorf bei diesem Thema etwas vorwärts geht und danken an dieser Stelle allen engagierten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern für ihren Einsatz.“

#### Persönliche Erklärung Orlando Wyss (SVP):

„Wie wir der Presse entnehmen konnten, wurde vor zwei Tagen die BDP des Kantons Zürich gegründet und Lothar Ziörjen zum Kantonalpräsidenten gewählt. Da es keine Partei gibt, bei welcher der Präsident nicht Mitglied dieser Partei ist, können wir davon ausgehen, dass Lothar Ziörjen Mitglied der BDP ist. Da die Auflösung der DP Dübendorf und die Gründung der BDP Dübendorf morgen stattfinden werden, stellt sich für die Mitglieder des Gemeinderates die Frage nach der Parteizugehörigkeit unseres Stadtpräsidenten am heutigen Sitzungstag. Ist er nun Mitglied der BDP oder der DP, oder ist er am heutigen Tag Mitglied bei beiden Parteien. Da wir als Mitglieder des Gemeinderates Anrecht haben zu wissen, welcher Partei ein Teilnehmer der Gemeinderatssitzung hat, und bei uns Gemeinderäten am Tisch die Parteizugehörigkeit angeschrieben ist, bitte ich den Stadtpräsidenten über seinen Parteistatus Auskunft zu geben. Da Lothar Ziörjen doch schon einige Male seine Parteizugehörigkeit gewechselt hat, ist es für den Gemeinderat wichtig zu wissen, welcher Partei er an der heutigen Sitzung angehört.“

#### *Replik Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

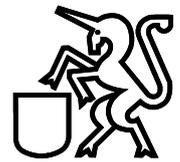
Lothar Ziörjen (BDP) erklärt, dass er seit vergangenem Samstag Mitglied der kantonalen BDP sei. Zugleich stellt er richtig, dass die DP nicht aufgelöst werde, sondern dass am 5. Mai 2009 mit einer Statutenänderung der Name der Partei geändert wird. Damit habe er bisher zwei Parteien angehört: der SVP und dann der DP, die jetzt zur BDP wird.

## **2. Protokoll der 21. Sitzung vom 2. März 2009**

Gegen das erwähnte Protokoll sind bei der Präsidentin des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## **3. Ersatzwahl Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Geschäft Nr. 229/2009)**

Stephan Schneider (CVP) hat per Ende des Amtsjahres 2008 / 2009 seinen Rücktritt aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bekannt gegeben.



Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) als Nachfolgerin Anna Hermann (CVP) vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Mit 38 zu 0 Stimmen wird Anna Hermann (CVP) in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

*(Mitteilung erfolgt durch Protokollauszug)*

**4. Postulat der FDP-Fraktion „Einsatzprogramm für Langzeiterwerbslose und Sozialhilfebeziehende ‚Pfleger von Naturschutz- und Kulturgutobjekten‘“ / Beantwortung und Entscheidung Abschreibung (Geschäft Nr. 105/2007)**

Stellungnahme Gaby Gossweiler (FDP):

„Nach Ansicht der Postulanten geht der Stadtrat Recht in der Annahme, dass die Postulanten mit dem Einsatzprogramm von Langzeiterwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden im Umwelt-Team der SWO unter den beschriebenen Rahmenbedingungen ihr Anliegen erfüllt sehen. Sie sind grundsätzlich mit der Beantwortung ihres Postulates zufrieden, möchten aber betonen, dass sie erwarten, dass die jetzt laufende Zusammenarbeit mit dem SWO weitergeführt wird, und diese nicht im Sande verläuft. Betonen möchten sie, dass sie mit der rigorosen Aussage, dass Langzeiterwerbslose und Sozialhilfebeziehende im Bereiche SWO-Pflegeprogramm nicht in Betracht gezogen werden können, nicht einverstanden sind, da es sein könnte, dass es in Zukunft geeignete Berufsleute unter den Langzeiterwerbslosen gibt, die die Anforderungen für diese Arbeit erfüllen und daher für einen entsprechenden Einsatz bestens geeignet wären. Die Postulanten beantragen dem Gemeinderat, das Postulat abzuschreiben.“

Allgemeine Diskussion:

Toni Lanzendörfer (SP) erklärt, mit der Abschreibung des Postulates leben zu können. Dies aber nicht, weil alles bestens sei, sondern weil ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werde. Er hoffe, dass der Stadtrat nicht nur SWO-Projekte fördere. Künftig werde es mehr Lehrabgänger ohne Stelle und mehr Ausgesteuerte und Randständige geben. Sparen sei gut, aber nicht immer das Beste.

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP) führt aus, dass in der ersten Postulatsbeantwortung verschiedene in Frage kommende Optionen für Arbeitseinsätze aufgezeigt wurden. Der Stadtrat sei zum Schluss gekommen, das bewährte Beschäftigungsprogramm mit der Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO weiter zu verfolgen. Der Stadtrat habe damals bereits festgehalten, für Facharbeiten auch Fachleute zu beauftragen. Zwar würden künftig vermehrt qualifizierte Leute Sozialhilfe beantragen, doch sei es das Ziel, diese Leute in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Rahmen des Pilotprojekt ‚Einsätze für die Natur und Umwelt‘ wurden sechs Sozialhilfeempfänger vom Sozialamt der SWO zugewiesen und in das SWO Umweltteam integriert. Die Teilnehmer erhielten eine verbindliche Tagesstruktur, sinnvolle und gemeinnützige Arbeit unter qualifizierter Anleitung. Die SWO ermögliche es der Sozialabteilung, rasch und unbürokratisch neue Personen zuzuweisen. Die Zugewiesenen könnten im Idealfall noch in der gleichen Woche mit der Arbeit beginnen, bevor sie den ersten Franken Sozialhilfe bekommen. Er empfinde die Zusammenarbeit mit der SWO als total beweglich. Bei Bedarf könne problemlos eine zweite Gruppe gebildet werden. Ein regelmässiger Austausch betreffend Arbeitsleistungen, Absenzenkontrolle etc. finde statt. Der Stadtrat halte an diesem Projekt fest.



Die Stadt Dübendorf habe mit dieser Lösung ein neues kostengünstiges Instrument geschaffen für eine sofortige Zuweisung. Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und SWO klappe vorzüglich und unbürokratisch.

Keine weiteren Wortmeldungen.

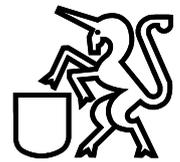
## Abstimmung:

Mit 37 zu 2 Stimmen wird das Postulat Geschäft Nr. 105/2007 abgeschrieben. In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat somit abschliessend behandelt.

## **5. Postulat Hans Baumann (SP) „Konjunkturgerechtes Vorziehen von öffentlichen Investitionen“ / Begründung und Überweisung (Geschäft Nr. 200/2009)**

### Begründung Hans Baumann (SP):

„Nachdem anlässlich der Budgetdebatte in diesem Saal noch einige daran gezweifelt haben, dass auch die Schweiz an der Schwelle einer allgemeinen Wirtschaftskrise steht, ist es jetzt leider zur Gewissheit geworden: Die Welt, Europa und die Schweiz stecken mitten in der grössten Krise seit den siebziger Jahren, wenn nicht sogar seit der grossen Depression von 1929. In einer ersten Phase sind diejenigen Länder erfasst worden, in denen die Immobilienblase geplatzt ist (USA, UK, Spanien, Ungarn usw.), davon wurden wir zum Glück bis heute verschont. Dafür wurden wir in der Schweiz von der damit zusammenhängenden Finanzkrise hart getroffen. Das Klumpenrisiko der beiden Grossbanken trifft vor allem auch die Agglomeration Zürich hart. In einer dritten Phase wurde der für uns wichtige Exportsektor getroffen. Bis heute ist der Binnenmarkt, also die Bauwirtschaft, der Detailhandel und weitere Dienstleistungszweige hierzulande noch nicht stark betroffen. Dies wird aber zweifellos bis Ende dieses Jahres der Fall sein. Die Wirtschaftsinstitute revidieren ihre Prognosen fast monatlich gegen unten. Im Moment geht man von einem Rückgang des BIP von gegen 3 Prozent in diesem Jahr aus. Und auch 2010 soll die Wirtschaft immer noch rückläufig sein. Wir müssen uns also auf eine lang dauernde Krise einrichten. Die Arbeitslosenzahlen waren im Februar und März zunehmend, obwohl die Arbeitslosigkeit im März saisonbedingt abnehmen sollte. Im Kanton Zürich stieg die Zahl im März auf über 30'000 Personen, in Dübendorf waren über 500 stellenlos. Damit ergab sich in Dübi eine Arbeitslosenquote von 3.7 Prozent, was deutlich über dem kantonalen Durchschnitt von 3.3 Prozent liegt. Auch die Steigerung vom Februar zum März war in Dübi überdurchschnittlich (+6.3 Prozent). So richtig spürbar wird die Wirtschaftskrise die Schweiz wohl erst im Herbst treffen, wenn die Arbeitslosenzahlen nochmals rasant ansteigen werden. Die Wirtschaftsinstitute rechnen dann mit 4 Prozent Arbeitslosen, bis 2010 wird sich das sogar auf zwischen 5 und 6 Prozent erhöhen. Wir werden mit Arbeitslosenzahlen konfrontiert sein, wie es sie in der Schweiz bisher noch gar nie gegeben hat. Mit all den Folgen steigender Ausgrenzung, steigender Armut und markant höherer Sozialausgaben. Besonders betroffen werden Jugendliche sein, die keine Ausbildungsstelle oder nach der Ausbildung keine Beschäftigung finden. Ich will hier nicht auf die Ursachen dieser Krise eingehen und auf die Leute, die mit ihrem unverantwortlichen Handeln und ihren Ideologien dafür die Verantwortung tragen. Es geht jetzt darum, optimal zu reagieren, um so vielleicht das Schlimmste verhindern zu können. Im Interesse von uns allen, da müssen wir am gleichen Strick ziehen. Fast alle Staaten haben bis heute Krisenprogramme aufgelegt, um die Liquidität des Finanzmarkts zu sichern, die Konjunktur anzukurbeln und der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Auch der Bundesrat hat bisher zwei Konjunkturpakete geschnürt, ein drittes ist in der Pipeline. Das Problem in der Schweiz: Der Bund hat nur einen beschränkten Einfluss auf die Ausgaben- und Investitionspolitik. Kantone und Gemeinden tätigen die meisten Ausgaben: Allein die Gemeinden vergeben 40 Prozent aller öffentlichen Aufträge!

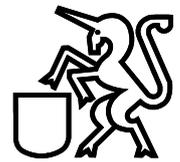


Und tragen damit auch eine grosse Mitverantwortung für die Konjunkturpolitik. Diese Situation hat die SP/Juso-Fraktion dazu bewogen zwei Postulate einzureichen mit dem Ziel, dass auch unsere Stadt rechtzeitig Vorbeugemassnahmen ergreift, um einen Beitrag zur Bewältigung von Krise und Arbeitslosigkeit zu leisten. Das erste Postulat verlangt das Vorziehen von öffentlichen Investitionen. Dies dient dazu, der regionalen Wirtschaft Impulse zu geben, um so die zurückgehende private Nachfrage zu kompensieren und Arbeitsplätze vor allem im Gewerbe zu sichern. Aber nicht nur das: In einer zweiten Runde haben sie einen Multiplikatoreffekt auf alle Branchen der Wirtschaft und sind deshalb ein wichtiger Bestandteil aller sogenannten Konjunkturprogramme. Es ist uns bewusst, dass die Stadt gemäss Finanzplan in den nächsten Jahren ohnehin die Investitionen erhöhen muss. Wir sind aber bezüglich des Überschusses von 17 Millionen im Jahr 2008 und einer rekordtiefen Verschuldung in einer günstigen Situation. Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert zu prüfen, welche baureifen öffentlichen Investitionen vorgezogen und welche Projektierungen beschleunigt werden können, um weitere Investitionen vorzuziehen. Dazu gehören energietechnische Gebäudesanierungen, die Kanalisations- und Strassenerneuerung, Ausbau des Velowegnetzes, die Erneuerung des Bahnhofs, die Glattbrücke, die erste Etappe der Erweiterung des ASZ, die Neuanschaffungen in der ARA usw. Das sind alles Investitionen, die man beschliessen könnte“

#### Allgemeine Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP) sagt, dass das Postulat klar abzulehnen sei. Man versuche mit dem Postulat, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einer politisch gefärbten Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Die Stadt Dübendorf solle sorgsam mit Steuergeldern umgehen. Eine Sanierung von Liegenschaften müsse sorgfältig geplant werden, und das Timing sei dabei wichtig. Unbedachte Handlungen könnten dagegen kontraproduktiv sein. Wenn man auf Empfehlung von Laien saniere, dann stiegen die Investitionen ins Unendliche. Dieses Postulat zu überweisen sei unverantwortlich. Um den Wirtschaftsstandort Dübendorf zu fördern müsse man Aufträge an das einheimische Gewerbe vergeben oder die Steuern senken. Die Dübendorferinnen und Dübendorfer hätten das Recht, dass mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren verantwortlich umgegangen werde.

Patric Crivelli (SVP): „Die SVP ist bekannt dafür, dass sie eine gewerbefreundliche Partei ist, die sich immer für gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe einsetzt. Trotzdem können wir das vorliegende Postulat nicht unterstützen. Vom Postulanten werden Massnahmen der Stadt Dübendorf gefordert, um der Abschwächung der Konjunktur entgegenzutreten. Von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist vor allem unser Exportsektor betroffen. Dieser Wirtschaftszweig, welcher einen grossen Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat, würde am ehesten eine Unterstützung benötigen. Doch dies ist nicht mit Konjunkturprogrammen machbar. Überall dort, wo mit unsinnigen Massnahmen versucht wird, unsere Wirtschaft anzukurbeln, ist eigentlich nur die Bauwirtschaft betroffen. Doch diese merkt noch nichts von der Krise. Das Vorziehen von Investitionen in diesem Sektor braucht auch eine lange Vorlaufzeit, müssen doch Projekte geplant, vom Stimmbürger abgesegnet und dann noch durch den Prozess der Bewilligungen geschleust werden. Die fertigen Projekte, welche die Stadt Dübendorf realisieren wird, sind alle im Finanzplan enthalten und werden auch ohne dieses Postulat ausgeführt. Zusätzlich angelegte Investitionen würden aufgrund der langen Vorbereitungszeit erst wirksam, wenn der Aufschwung wieder eingesetzt hat. Weiter muss man sich die Frage stellen, wer von solchen Massnahmen schlussendlich profitieren würde. Wie wir schon am Beispiel der Sanierung der GESPAD erfahren haben, sind es aufgrund der zu beachtenden Submissionsordnung am Schluss nicht Dübendorfer Unternehmen, welche die mit unserem Steuergeld finanzierten Investitionsgüter erstellen. Da die Wirtschaftsabschwächung ein weltweites Phänomen ist, wäre die Chance gross, dass schlussendlich ausländische Unternehmen davon profitieren würden. Anstelle dieses wohlklingenden und oberflächlichen populistischen Vorstosses könnte ich mir konkrete Fragestellungen an den Stadtrat vorstellen. Zum Beispiel die Frage, wieso im Bereich Alters- und Spitexzentrum nichts geht, obwohl wir hier einen bewilligten Planungskredit haben. Auf banale Fragen erhält man auch banale Antworten. Das



Schaffen von besseren Rahmenbedingungen, wie schnellere und einfachere Abwicklung von Baugesuchen sowie Entlastung der Bürger und des Gewerbes durch Senkung von Steuern und Abgaben, wäre der richtige Weg, um die Konjunktur wieder voranzubringen. Darum bitte ich Sie, das Postulat nicht zu überweisen.“

Stadtrat Martin Bäumle (GEU) erklärt, dass er Mühe damit habe, die heutige Situation als Krise zu bezeichnen. Ebenfalls sei der historische Vergleich nicht korrekt. Konjunkturpakete seien immer heikel, da sie zeitgerecht und am richtigen Ort umgesetzt werden müssten. Zurzeit müsste man die Exportindustrie fördern, was aber nicht möglich sei. Sonstige Massnahmen führten nur zu einer höheren Verschuldung. Es gebe aber positive Signale, zum Beispiel von der Nationalbank. Ebenfalls habe man auf nationaler Ebene den Finanzsektor stabilisiert, was die Kreditvergabe an Unternehmen weiterhin ermöglicht. Mit bilateralen Verträgen würde die Zusammenarbeit zur Wirtschaftsentwicklung gefördert. Die Einführung von Kurzarbeit und die Arbeitslosenkasse wirkten stabilisierend, führten aber auch zu zusätzlichen Ausgaben. Massnahmen in der Bauindustrie seien im Jahr 2009 aber kontraproduktiv, da es in diesem Bereich zurzeit fast eine Überhitzung gebe. Wichtig sei dagegen ein stufengerechtes Vorgehen. Die Gebäudesanierungsmassnahmen von Bund und Kantonen seien eine sinnvolle Massnahme, auch in klimapolitischer Hinsicht. Zu Dübendorf: In den Vorjahren seien jeweils Investitionen von rund 8 Millionen Franken getätigt worden, ab 2009 bis 2012 seien die Investitionen fast doppelt so hoch. Damit komme der antizyklische Effekt, und fertig geplante Projekte könnten umgesetzt werden. Die Steuersenkung um 4 Prozent sei ebenfalls zum richtigen Zeitpunkt gekommen. Das Postulat habe keinen Multiplikatoreffekt zur Folge, sondern einen Anstieg der Verschuldung. Wichtig sei es, sinnvolle Investitionen gemäss dem Finanzplan voranzutreiben. Zusätzliche Investitionen seien aber nicht nötig.

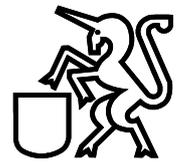
Hans Baumann (SP) entgegnet in seiner Replik, dass wohl Vielen der Ernst der Situation noch nicht bekannt sei. Dass die SVP gegen das Postulat sei, erstaune ihn nicht. Die Aufforderung an den Stadtrat, das Vorziehen von Investitionen zu prüfen bedeute nicht, dass es zu nicht-sinnvollen Ausgaben käme. Auch er habe gesagt, dass zurzeit die Exportindustrie betroffen sei, doch würde ab diesem Herbst auch die Binnenwirtschaft betroffen sein. Für die Gegner des Postulats sei der Zeitpunkt immer falsch. Da es aber sechs Monate bis zu Beantwortung durch den Stadtrat dauere, würden getroffene Massnahmen genau zum richtigen Zeitpunkt kommen.

Orlando Wyss (SVP) erklärt, dass er im Postulat die Aussage vermisse, welche Massnahmen oder welche Investitionen konkret gemeint seien. Dass da bei den Postulanten nichts Konkretes vorhanden sei, hätten inzwischen alle gemerkt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmung:

Mit 27 zu 7 Stimmen wird das Postulat Geschäft Nr. 200/2009 nicht an den Stadtrat überwiesen. In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das Geschäft somit abschliessend behandelt.



## 6. Postulat Hans Baumann (SP) „Beschäftigungspolitische Massnahmen“ / Begründung und Überweisung (Geschäft Nr. 201/2009)

### Begründung Hans Baumann (SP):

„Während mit dem ersten Postulat präventiv Arbeitsplätze gesichert werden sollen, zielt das zweite Postulat darauf ab, den Folgen von Entlassungen und Stellenlosigkeit durch gezielte Beschäftigungsmassnahmen entgegenzutreten bzw. die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit zu mildern. Hier fordern wir den Stadtrat auf, rechtzeitig Vorschläge zu machen, wie das jetzt bestehende Angebot ausgebaut und ergänzt werden kann. Zu denken ist an Beschäftigungsprogramme, zusätzliche Kursangebote insbesondere auch für KurzarbeiterInnen und den Ausbau der Arbeitsvermittlung Dübi-Jobs. Ein besonderes Problem stellt die auf uns zukommende Jugendarbeitslosigkeit dar. Der Stadtrat wird aufgefordert ein Programm zu entwickeln mit dem Ziel, dass kein Dübendorfer Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz oder ohne eine sinnvolle Beschäftigung ist. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.“

### Allgemeine Diskussion:

Patric Crivelli (SVP): „Schon wieder beschäftigt die SP unser Parlament mit einem Vorstoss, der zwar schön tönt, aber ins Leere zielt. Bei einer sorgfältigeren Vorbereitung hätte der Postulant erkennen können, dass unsere Stadt bereits viel vorbereitet hat, um auf den drohenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu reagieren. Schauen wir uns ein paar Aspekte näher an: Auch diese Vorlage zielt darauf ab, die Verwaltung aufzublähen und mit staatlichen Massnahmen die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Dies ist der falsche Weg, sollte doch alles unternommen werden, damit die Wirtschaft bessere Rahmenbedingungen erhält, damit es nicht zu Entlassungen kommen muss. Mit dem Projekt Dübi-Jobs bietet die Stadt Dübendorf schon bis anhin eine Hilfestellung, welche auch gut funktioniert. Hier ist kein Vorstoss, der nur unnötige Kosten verursacht, notwendig, um Verbesserungen anzubringen, macht doch die Sozialabteilung einen guten Job und wird auch entsprechend auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten reagieren. Künstlich geschaffene Stellen lösen das Problem nicht und blähen nur den Staatsapparat auf. Die auf Pump ausgearbeiteten Massnahmen werden die Schulden und Steuern von morgen sein. Um in unserer Region Arbeitsplätze zu erhalten und sogar neue zu schaffen, sollte man alle Möglichkeiten ausnutzen, einheimisches Gewerbe zu unterstützen. Weiter sind die Steuern zu senken und so Entlastung für diejenigen zu bringen, welche aktiv einen Beitrag zur Gesundung unserer Wirtschaft leisten. Mit staatlicher Planwirtschaft wird keine einzige Stelle dauerhaft geschaffen. Dies ist Aufgabe des Gewerbes, vor allem unsererer KMU. Aus diesem Grund bitte ich den Gemeinderat, dieses Postulat nicht zu überweisen und Massnahmen zu unterstützen, welche die Stärkung der Wirtschaft zum Ziel haben.“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP): „Auch die Stadt Dübendorf wird zyklusverschoben von einem allfälligen Anstieg der Sozialhilfefälle betroffen sein. Die meisten Personen haben in der Regel zuerst Anspruch auf ca. 2 Jahre ALV-Taggelder. Daher rechnen wir frühestens per Ende 2010 mit Ausgesteuerten, die allenfalls zur Sozialhilfe kommen. Das Sozialamt ist ständig mit ca. 30 Institutionen (Beschäftigungsprogrammen) in Kontakt. Zudem ist das Sozialamt mit zahlreichen privaten Unternehmungen in ständigem Kontakt. Heute sind etwa 70 Sozialhilfeempfänger in Beschäftigungsprogrammen beschäftigt. Dass der Bedarf an Einsatzplätzen durch die Gemeinden zunehmen wird, ist so gut wie sicher. Für Dübendorf zahlt sich aus, dass man eine aktivierende Sozialpolitik betreibt. Als das Amt für Wirtschaft und Arbeit entschied, nichts mehr an die Programmkosten zu zahlen, hielt Dübendorf als eine der wenigen Gemeinden daran fest, weiterhin Klienten den Programmen zuzuweisen. Das wurde von etlichen Institutionen wohlwollend zur Kenntnis genommen. Immerhin stand bei einigen die Existenz auf dem Spiel. Wir gelten heute als gute und verlässliche Kunden und werden auch künftig bei grosser Nachfrage bevorzugt behandelt. Ebenso hat Dübendorf dank zahlreicher guter



Kontakte zum Gewerbe und zu Institutionen sicher sich einen Bonus als gute Kunden erarbeitet. Wir werden künftig noch intensiver mit Unternehmen in Kontakt treten. Zum Handlungsbedarf zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Es ist eine Integrationsstelle in Dübendorf geplant, die jugendliche Schulabgänger unterstützt bei der Lehrstellensuche, analog wie dies seit Jahren für Jugendliche von Sozialhilfebezügler erfolgreich betrieben wird. Etliche positive Meldungen von Unternehmungen stimmen zuversichtlich, dass Lehrabgänger, die keine Stelle finden, weiterbeschäftigt werden. Es verbleibt ausreichend Zeit, um weitere Einsatzmöglichkeiten in Ruhe und unter Abwägung aller relevanten Aspekte zu prüfen. Hektik wäre im Moment deplatziert, und Spontanentscheide könnten zu Fehlentscheiden führen. Zurzeit werden wir mit Angeboten von privaten Anbietern – so genannten Kompetenzzentren für berufliche Wiedereingliederung – geradezu überschwemmt. Darunter befanden sich bisher ausschliesslich recht teure bis sehr teure Angebote. Mit der Arbeitsvermittlungsstelle Dübi-Jobs, mit den gut 30 Partnern im Beschäftigungsbereich ist Dübendorf bestens gerüstet für die Zukunft. Panik zurzeit wäre fehl am Platz, wir haben alles im Griff. Deshalb beantragt der SR dem GR das Postulat nicht zu überweisen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmung:

Mit 29 zu 7 Stimmen wird das Postulat Geschäft Nr. 201/2009 nicht an den Stadtrat überwiesen. In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das Geschäft somit abschliessend behandelt.

## **7. Sechs Bürgerrechtsgesuche**

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sämtliche Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Die BRK unterstützt diese Anträge einstimmig. Es wird deshalb auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

#### Beschlüsse:

##### Geschäft Nr. 116/2008

Aleksic Zdravko, Nevenka geb. Filipovic, Bozica und Branka, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Zwinggartenstrasse 49, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

Orlando Wyss (SVP) vermisst bei den Gesuchen Geschäft Nr. 179/2008, 188/2008 und 190/208 die Information, ob die Gesuchsteller den Antrag auf Doppelbürgerrecht stellen oder nicht. BRK-Präsidentin Valeria Rampone erklärt, den Gemeinderat über diese ausstehenden Informationen zu orientieren.

*(Diese Informationen sind nachfolgend im Protokoll als Nachtrag aufgeführt)*



## Geschäft Nr. 179/2008

Stevanovic Dalibor und Mladenka geb. Markovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Neuweg 12, Dübendorf  
(Nachtrag: stellen Antrag auf Doppelbürgerrecht)

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	7 Stimmen

## Geschäft Nr. 188/2008

Thomen geb. Stefan Rosalia Maria, französische Staatsangehörige, Alte Gfennstrasse 28, Dübendorf  
(Nachtrag: stellt Antrag auf Doppelbürgerrecht)

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	28 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	4 Stimmen

## Geschäft Nr. 190/2008

Cha Hee Young, koreanischer Staatsangehöriger, Bühlwiesenstrasse 3, Dübendorf  
(Nachtrag: stellt keinen Antrag auf Doppelbürgerrecht)

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

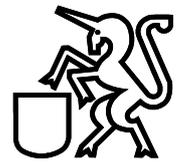
## Geschäft Nr. 193/2008

Saliu Sabani Zana geb. Saliu, mazedonische Staatsangehörige, Hallenstrasse 4, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 725.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	7 Stimmen

## Geschäft Nr. 194/2008

Ramadani Lokman, Atidza und Zerina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kriesbachstrasse 60, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	7 Stimmen

## 8. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2009 / 2010

### Rückblick Andrea Kuhn (CVP):

„Helmut Schmidt, mein politisches Vorbild, hat einmal gesagt, dass Memoiren oder Rückblicke eine Verleitung sind, die eigene Nase schöner zu malen als sie ist. Daher und aus Zeitgründen halte ich mich kurz. Mein Ziel, den Dialog zu fördern, habe ich nicht erreicht. Man kann sich fragen, ob dieses Ziel für das Gremium des Gemeinderates auch wirklich sinnvoll ist, oder ob es das Ziel ist, die Geschäfte in möglichst wenigen Sitzungen in möglichst kurzer Zeit abzuhalten. Das, so denke ich, ist mir gut gelungen. Was mir fehlt ist ein Gefäss, bei dem sich die Gemeinderäte über die Parteien hinweg austauschen. Aus dem Prozess des Dialoges entstehen wirkliche Ideen, entsteht auch Energie, und das bringt uns alle weiter. Vielleicht bin oder war ich auch zu ungeduldig – ein Jahr in der Politik ist wenig Zeit. An Ideen hätte es nicht gefehlt. So läuft aktuell ein hochinteressanter Film, der uns erlaubt hätte, breit politisch zu diskutieren. Oder es ist zurzeit ein Projekt auf dem Flugplatz Dübendorf im Gang, das die Diskussion um die Energiefrage zu lösen versucht. Bertrand Piccard schreibt hier Geschichte. Ein Besuch oder ein Vortrag war oder ist geplant, und vielleicht kann ich dann alle in meiner Funktion als CVP-Präsidentin einladen. Gelernt habe ich natürlich auch: So zum Beispiel, dass man nicht immer auf verschiedenen Hochzeiten tanzen kann. Nun bleibt mir eine kleine Aufgabe, die ich noch erledigen möchte [wendet sich an Stadtpräsident Lothar Ziörjen]: Lieber Lothar, an einem Anlass, den wir beide besucht haben, hast du dem OK-Präsidenten gedankt, da ihm ja sonst niemand danke. Ich habe mir überlegt, dass auch du sicher nicht oft ein offizielles Dankeschön erhältst – ausser bei einem guten Wahlergebnis natürlich. Ich habe erlebt, dass du dein Amt zu 200 Prozent ausübst, mit vollem Engagement und auch viel Stolz. Ich möchte dir daher für deinen tollen Einsatz für unsere Stadt danken.“

### Verabschiedung durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

„Mit diesem Lob habe ich nicht gerechnet, ich danke dir dafür. An der Ratssitzung vom 5. Mai 2008 wurdest du mit 30 von 33 massgebenden Stimmen mit einem sehr guten Resultat zur Ratspräsidentin für das Amtsjahr 2008/2009 gewählt. Bei deiner Antrittsrede hast du, liebe Andrea, den Dialog ins Zentrum deines Amtsjahres gesetzt. Gleichzeitig hast du den DIALOG wie folgt aufgeschlüsselt: Das ‚D‘ für ‚Dübendorferin‘, das ‚I‘ für ‚im Amt‘, das ‚A‘ für ‚Anstand‘, das ‚L‘ für ‚Lust‘, das ‚O‘ für ‚Ordnung‘ und das ‚G‘ für ‚Gemeinderat‘. Ich denke, du konntest in deinem Amtsjahr den gesetzten Anspruch besser erreichen, als du es vorhin selber erwähnt hast. Das ist auch deiner souveränen, ruhigen Art zu verdanken. Ein kleiner Irrtum deinerseits führte bei der Amtseinsetzung im Ratssaal zu einem spontanen Gelächter, denn (ich zitiere sinngemäss aus dem Glattaler): ‚Als sie (Andrea Kuhn) in – für Zürcher – lumpenreinem Baseldeutsch verkündete, dass man ihrer Sprache ja inzwischen anhöre, dass sie schon länger im Kanton Zürich als im Kanton Basel wohne, erntete sie ein herzhaftes Lachen!‘ Liebe Andrea, wir finden dich auch mit deinem lupenreinen Baseldeutsch sympathisch; du kannst also so bleiben wie du bist. Bei deinen öffentlichen Auftritten warst du immer ein gern gesehener Gast und hast dabei Dübendorf würdevoll vertreten. Das Amtsjahr hat kaum begonnen und schon ist es wieder vorbei. Damit ist auch die Zeit gekommen um einen kurzen Rückblick zu machen. Im Amtsjahr 2008/2009 wurden 8 Ratssitzungen (Vorjahr 8) und davon 3 Doppelsitzungen durchgeführt. Wichtige und teilweise auch umstrittene Geschäfte sind dabei heftig diskutiert worden. In deine Amts-



zeit fallen die sehr wichtigen Entscheide über den Kredit für die ÖV-Plattform beim Bahnhof Stettbach, und über die Gründung von der Sport- und Freizeitanlagen AG (SFD AG). Auch die verschiedenen Abbruchhäuser in Stettbach haben im Rat zu reden gegeben. Ebenfalls in deine Amtszeit fällt der Wechsel des Ratssekretärs, was natürlich mit einigem Mehraufwand verbunden war. Den scheidenden Sekretär Toni Spitale hast du für seinen bevorstehenden Auslandsaufenthalt mit einem roten T-Shirt gut ausgerüstet. Den traditionellen Ratsausflug hast du als echte Herausforderung angenommen und die Teilnehmer, niemanden wunderts, nach Basel geführt. Mit dem sehr interessanten und kurzweiligen Besuch in Basel ist der Dialog geübt worden. Auch da hat die Ratspräsidentin ihre Führungsstärke gezeigt, denn die Teilnehmer sind zur Selbständigkeit erzogen worden, indem sie, ausgerüstet mit Karte, Schreibzeug und einem schriftlichen Auftrag, die Stadt in Gruppen erkunden musste. Da man von der Basler Regierung (als Stadtkanton) sehr herzlich empfangen worden ist und auch noch kulinarische Spezialitäten serviert bekommen hat, hob die Stimmung sofort merklich an. Beim Abendprogramm ist dann den ‚unwissenden Zürchern‘ über die Entstehung der Schnitzelbänke eine amüsante Darstellung zelebriert worden. Alle waren beeindruckt, was da jedes Jahr geleistet wird. Die Teilnehmer am Ratsausflug waren einig, dass der Ausflug zum ‚befeundeten‘ Kanton Basel sehr aufschlussreich und verbindend gewesen war. Andrea, für diesen schönen und eindrücklichen Ausflug danke ich dir im Namen aller Teilnehmenden ganz herzlich. Jetzt ist es aber soweit und du nimmst wieder im Rat Platz. Grund genug dir für dein grosses Engagement im vergangenen Amtsjahr im Namen aller Dübendorferinnen und Dübendorfer, von den Ratskolleginnen und Ratskollegen und vom Stadtrat ganz herzlich zu danken.“

Lothar Zörjen überreicht Andrea Kuhn als Zeichen des Dankes für die geleisteten Dienste zwei Lithografien.

## 8.1 Wahl des Präsidenten des Gemeinderates

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) den bisherigen 1. Vizepräsidenten Peter Bless (DP) zur Wahl als Ratspräsident vor.

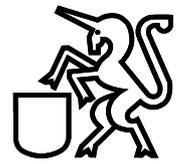
Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gestützt auf die Gemeindeordnung Art. 17 wird der Präsident in geheimer Abstimmung gewählt.

### Wahlergebnis:

Zahl der Stimmberechtigten	40
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	40
./ . leere Stimmen	3
./ . ungültige Stimmen	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	36
Absolutes Mehr	19
Stimmen erhielten:	
Peter Bless (BDP)	34
Vereinzelte	<u>2</u>
=massgebende Stimmenzahl	36

Peter Bless (BDP) ist somit als Ratspräsident für das Amtsjahr 2009 / 2010 gewählt.



## Antrittsrede Peter Bless (BDP):

„Ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen ganz herzlich, dass Sie mich für das letzte Jahr der Legislaturperiode 2006-2010 zu Ihrem Ratspräsidenten gewählt haben. Besonders freue ich mich, dass mir dieses ehrenvolle und herausfordernde Amt zum zweiten Mal übertragen worden ist. Schon im Amtsjahr 1983/84, drei Jahre nach meinem Eintritt in den Gemeinderat, hatte ich die ehrenvolle Aufgabe, als 10. Gemeinderatspräsident den Rat zu präsidieren. 1999 trat ich aus der SVP-Fraktion und ein Jahr später aus dem Gemeinderat aus. Eher überraschend wurde ich 2006 als Mitglied der DP wieder in den Gemeinderat gewählt. Und wieder nach drei Jahren haben Sie mich heute nochmals zum jetzt 36. Gemeinderatspräsident der Stadt Dübendorf gewählt. Von den heute amtierenden Stadt- und Gemeinderäten kann sich nur der damalige Gemeinderat und heutige Stadtrat Rolf Güttinger an mein erstes Präsidialjahr erinnern. Das entlastet mich, weil damit meine heutige Amtsführung nicht mit derjenigen vor 26 Jahren verglichen wird. Ich habe es trotzdem nicht lassen können, zurückzublicken und Veränderungen im Dübendorfer Gemeinderat im letzten Vierteljahrhundert zu suchen. Es ist dabei wenig herausgekommen. Im Rat sind wie schon damals zehn Parteien vertreten und es wird engagiert und oft auch schonungslos argumentiert und politisiert. Am Auffälligsten und Erfreulichsten ist, dass sich mit heute 14 Gemeinderätinnen der Frauenanteil genau verdoppelt hat. Auch dachte ich, dass sich der Rat dank der erfreulich vielen jungen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verjüngt hat. Umso überraschter war ich, dass gegenüber anfangs der Achtzigerjahre sich das Durchschnittsalter mit heute 47 ½ Jahren sogar um ein Jahr erhöht hat. Ich werde mich bemühen, den Rat bestmöglich zu führen und nach aussen zu repräsentieren. Dabei hoffe ich natürlich auch auf Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dass Sie es mir nicht allzu schwer machen und weiterhin dem Gemeinwohl verpflichtet, sachbezogen politisieren. Im Jahr vor den Wahlen ist die Versuchung nämlich grösser, mit eigennützig gefärbten parlamentarischen Vorstössen den Stadtrat, die Stadtverwaltung und den Gemeinderat zusätzlich zu beschäftigen. Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode forderte Sie der neu gewählte Ratspräsident auf, Ihre Verantwortung als Parlament wahrzunehmen, die Geschicke der Stadt Dübendorf zu lenken und die Zukunft mit zu gestalten. Der Rat hat diese Aufforderung ernst genommen. In den letzten drei Jahren haben Sie in 22 Sitzungen des Gemeinderats neben einer grossen Zahl von zu behandelnden Sachgeschäften gegen 60 parlamentarische Vorstösse eingereicht und in den Fragestunden dem Stadtrat über 60 Fragen gestellt. Es ist nicht an mir, Bilanz zu ziehen oder zu werten. Die persönliche Meinung des Ratspräsidenten ist ja ohnehin nicht gefragt und nur im Fall eines Stichentscheids erwünscht. Deshalb bleibt mir nur der Wunsch, dass sich der Rat und jedes einzelne Ratsmitglied seiner politischen Verantwortung bewusst ist und dass das Wohl unserer Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürger in allen Fällen über partikuläre Einzelinteressen oder persönliche Profilierung gestellt wird.“

## **8.2 Wahl des 1. Vizepräsidenten**

Der Ratspräsident erläutert im Detail das Wahlverfahren, über das die Ratsmitglieder vorgängig informiert worden sind: 1. Wahlvorschläge durch IFK, 2. Wortmeldungen von Ratsmitgliedern mit Anträgen, 3. Allgemeine Diskussion, 4. Wahlgänge [a) Erster Wahlgang, b) wenn keine absolute Mehrheit: zweiter Wahlgang, c) wenn keine absolute Mehrheit: dritter Wahlgang, d) wenn keine relative Mehrheit: Losentscheid durch Präsident, e) bei Nichtannahme der Wahl eines gewählten Vizepräsidenten: Wahl wird erneut durchgeführt (Erster Wahlgang)]

Namens der Interfraktionellen Konferenz erklärt Hans-Felix Trachsler (SVP), dass die IFK im Vorfeld zwei Mal getagt hat, dass dabei aber kein Einheitsvorschlag zu Händen des Gemeinderates verabschiedet wurde.



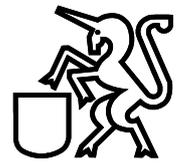
## Wahlvorschlag:

Andrea Kennel (SP): „Die Interfraktionelle Konferenz hat es leider unterlassen, einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das 1. Vizepräsidium vorzuschlagen. An der Reihe ist die SP. Die SP-Fraktion hält an ihrem bisherigen Kandidaten fest. Sie schlägt den bisherigen 2. Vize Patrick Angele als 1. Vize zur Wahl vor. Nachdem ich an einem Donnerstag im Tagi all die Vorbehalte, die gegen unseren Kandidaten vorgebracht werden, gelesen habe, bin ich joggen gegangen. Dabei joggte ich ausnahmsweise in die umgekehrte Richtung. Das war interessant, denn so war mein Kopf frei, um die Situation mal etwas anders zu betrachten. Das Hauptargument gegen Patrick Angele scheint sein Beruf als politischer Sekretär der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, der GSoA, zu sein. Weiter wird ihm politische Unreife vorgeworfen, ohne dass dabei konkrete Beispiele genannt wurden. In der Presse wurden Bedenken bezüglich den Delegationen geäussert. Patrick Angele hätte als Gemeinderatspräsident die Stadt Dübendorf an militärischen Anlässen zu vertreten. Dies würde sich mit seinem Beruf beissen. Erfahrungsgemäss gibt es nur etwa drei militärische Delegationen pro Jahr. Damit es hier nicht zu Unsicherheiten oder Problemen kommen kann, ist Patrick Angele bereit, das Büro darüber entscheiden zu lassen, wer militärische Delegationen übernimmt. Das zeugt nicht von politischer Reife, sondern ist schlicht und einfach selbstverständlich. Ansonsten ist es Patrick Angele durchaus zuzutrauen, dass er unser Parlament und unsere Stadt an Anlässen angemessen vertreten wird. Ich bitte Sie daher, den Sachverhalt auch sachlich zu betrachten. Patrick Angele ist politischer Sekretär einer legalen und demokratischen Organisation. Die GSoA vertritt eine legitime Minderheitsposition. Sie wird dank ihrem jahrelangen Engagement in der Sicherheitspolitik sogar von SVP-Bundesrat Maurer zu offiziellen Hearings eingeladen. So geschehen bei der Erarbeitung des neuen sicherheitspolitischen Berichtes des Bundes. Ungehörig ist der Vorwurf der politischen Unreife. Es gibt in diesem Parlament wenige, die sich so stark für die Gemeinde engagieren. Es gibt wenige, die sich so oft und profiliert im Rat zu Wort melden. Diesen Vorwurf gerade von Ratskolleginnen und Ratskollegen zu hören, die sich in den letzten drei Jahren kaum zu Wort gemeldet haben, zeugt nicht gerade von politischer Reife. Ich bitte Sie einmal, auf die letzten zwölf Monate zurück zu blicken. Sehen Sie bei einem der Vorstösse politische Unreife? Wenn ja, dann wohl kaum bei einem Vorstoss oder Votum von Patrick Angele. Er hat beispielsweise mit seinem überparteilichen Engagement für den Bahnhof Stettbach viel Grösse bewiesen. Beweisen Sie bitte Ihre eigene politische Reife und wählen Sie den vorgeschlagenen Kandidaten der SP. Wir sind überzeugt, Patrick Angele hat genügend politische Reife und kann seinen Beruf gut von seinem Amt als Vizepräsidenten trennen. Zurück zum Joggen. Egal in welche Richtung man joggt, egal von welcher Seite man es betrachtet: Patrick Angele ist ein fähiger und valabler Kandidat.“

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

## Allgemeine Diskussion:

Orlando Wyss (SVP): „Ich informiere die Mitglieder des Gemeinderates, dass die Fraktion der SVP Dübendorf Patrick Angele nicht als ersten Vizepräsidenten wählen wird. Dabei steht bei uns nicht das Argument im Vordergrund, dass wir ihm nicht zutrauen würden, in seinem Amtsjahr als Präsident des Gemeinderates sich mit politischen Äusserungen zurückzuhalten und sich entsprechend dem Amt als höchster Dübendorfer zu benehmen. Wir trauen ihm sogar zu, dass er dies könnte. Auch seine Tonlage und seine Aussagen im Rat sind für uns kein Grund, ihn nicht zu wählen. Der entscheidende Grund, Patrick Angele nicht zum Vizepräsidenten und in einem Jahr dann zum Präsidenten zu wählen ist der Umstand, dass er Repräsentant der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA ist. Es geht hier nicht um seine Mitgliedschaft in dieser Gruppe, sondern um sein Amt als Sekretär der GSoA. Und auch hier geht es nicht um seinen Beruf. Wir würden ihn auch nicht wählen, wenn er nebenamtlich Präsident dieser Vereinigung wäre. Es geht also nicht um seinen Beruf, wie dies vielleicht einige monieren werden. In Artikel 58 unserer Bundesverfassung ist festgeschrieben, dass unser



Land eine Armee haben muss. Diese dient der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei. Artikel 185 unserer Bundesverfassung verpflichtet unseren Bundesrat zur Einhaltung der Neutralität. Und schliesslich verpflichtet das Haager Abkommen von 1907 alle neutralen Staaten zur Abwehr, sollte eine Konfliktpartei versuchen, neutrales Staatsgebiet für militärische Aktionen zu nutzen. Die GSoA bekämpft unsere Armee und unseren Wehrwillen. Sie tut alles, um unser Land schutzlos fremden Mächten zu opfern. Die GSoA ist eine Vereinigung, welche gegen die Interessen unseres Landes arbeitet. Dies mag für die SP nicht so wichtig erscheinen, da sie mit ihrer Aussenministerin mit einer Person im Bundesrat vertreten ist, die ausländische Interessen höher gewichtet als die schweizerischen. Für die SVP Dübendorf kommt es nicht in Frage, dass ein Repräsentant einer Vereinigung, welche die Schweiz schwächen will, in das Amt des Dübendorfer Gemeinderatspräsidentiums gewählt wird. Dübendorf ist seit Jahrzehnten mit der Armee verbunden. Dübendorf ist eine Garnisonsstadt und Ausbildungsplatz unserer Armee. Der Militärflugplatz Dübendorf hat seit Jahrzehnten eine Ausstrahlung weit über unsere Kantons- und sogar Landesgrenze hinaus und wird diese auch noch weitere Jahrzehnte haben. Die Dübendorfer Bevölkerung steht hinter unserer Armee und hat dies auch bei Abstimmungen in Militärfragen immer wieder bewiesen. Auch die Dübendorfer SVP steht klar hinter der immerwährenden, bewaffneten Neutralität und auch zu unserem Dübendorfer Waffenplatz. Zu den Aufgaben eines Gemeinderatspräsidenten gehört auch, dass er bei der Brevetierung von Armeeangehörigen zusammen mit dem Stadtpräsidenten dabei ist. Dübendorf würde sich der Lächerlichkeit preisgeben, wenn ein Armeeabschaffer an solchen Anlässen unsere Stadt repräsentieren würde. Bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten im letzten Jahr hat Patrick Angele ein miserables Resultat erzielt. Wir hatten die Hoffnung, dass die SP daraus die Lehren ziehen und einen anderen Kandidaten bringen würde. Obwohl der SP klar sein sollte, dass Patrick Angele nicht zum 1. Vizepräsidenten gewählt würde, hielten sie trotzig an der Kandidatur fest. Aus meinen Argumenten sollte aber jedermann im Ratssaal klar sein, dass Patrick Angele nicht wählbar ist. Ich bitte den Gemeinderat, Patrick Angele nicht zum 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates von Dübendorf zu wählen.“

Patrick Angele (Juso): Ungewöhnlich ist es, dass die Wahl des Büros des Dübendorfer Gemeinderates im Vorfeld so hohe Wellen wirft. Ebenfalls ungewöhnlich ist, dass ein Kandidat für die Bürowahl vor seiner Wahl das Wort ergreift. Bleiben wir beim Ungewöhnlichen. Ich mag eine ungewöhnliche Person sein. Jemand, der gerne seine Meinung kund tut. Jemand, der, sobald er sich politisch festgelegt hat, nicht einfach so klein bei gibt. Wenn ich überzeugt von einer Sache bin, dann kämpfe ich auch dafür. Und so bin ich davon überzeugt, dass sich das bisherige System der Bürowahlen bewährt hat. Es bindet – und das ist für die Schweizer Politik ein wesentliches Kennzeichen – alle politischen Minderheiten mit ein. Es gehört zum Wesen der Schweizer Demokratie und zum Wesen des Dübendorfer Gemeinderates, dass es nur Minderheiten gibt. Keine Partei kann für sich die Mehrheit beanspruchen. Und das ist auch gut so. So ist eine Ratspräsidentin oder ein Ratspräsident immer eine Repräsentantin einer politischen Minderheit. Aber als Präsidentin oder als Präsident hat man das ganze politische Spektrum zu vertreten. Es gehört zur Demokratie, Entscheide der Mehrheit zu akzeptieren. Es gehört aber ebenso zur Demokratie, politisch Andersdenkende anzuerkennen. Ich vertrete gerade in sicherheitspolitischen Fragen eine andere Meinung als die grosse Mehrheit der hier Anwesenden. Das hindert mich aber nicht daran, die Entscheide, welche die Mehrheit getroffen hat, zu billigen. Ich kandidiere heute für das Amt des 1. Vizepräsidenten, und das mit der festen Absicht, nächstes Jahr für das Amt des Ratspräsidenten zu kandidieren. Es wäre mir eine Freude und Ehre, den Rat und damit alle Parteien für ein Jahr zu präsidieren und zu repräsentieren. Ich bin überzeugt davon, dass gerade auch mein junges Alter Bevölkerungsschichten anspricht, die bisher wenig bis gar nichts mit Lokalpolitik zu tun hatten. Ich fühle mich der Aufgabe gewachsen. Ich glaube, genügend politische Erfahrung zu besitzen, und ich bin bereit, den politischen Dialog mit allen Minderheiten in diesem Rat aufzunehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich über eine Wahl äusserst freuen. Danke für die Aufmerksamkeit.“



Valeria Rampone (GEU): „Die GEU wird die Kandidatur von Patrick Angele als 1. Vizepräsident des Gemeinderates unterstützen. Auch wir haben uns im Vorfeld Gedanken zu dieser Wahl gemacht, und ich will die Gründe für unsere Unterstützung kurz erläutern. Die Begründung der IFK für die Nicht-Nominierung von Patrick Angele zum 1. Vizepräsidenten im Hinblick auf seine voraussichtliche Wahl in einem Jahr zum Ratspräsidenten ist für uns schlicht diskriminierend und darum inakzeptabel. Jemanden von einer Wahl auszuschliessen aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit ist nicht rechtens. Ich habe mich auch gefragt, wo genau die Gefahren eines Aufeinandertreffens von Patrick Angele und den Vertretern der Schweizer Armee zum Beispiel bei einer Beförderungsfeier lauern könnten. Ich gehe nicht davon aus, dass Patrick Angele für die Angehörigen der Flugabwehr, die hier in Dübendorf beheimatet sind, gefährlich werden könnte. Und umgekehrt auch nicht. Es kommt noch dazu, dass auch der 1. Vizepräsident anstelle des Präsidenten eine solche Einladung an eine Beförderungsfeier wahrnehmen könnte, das wäre in diesem Fall Patric Crivelli. Die GEU vermutet, dass die Skepsis der IFK und von einigen im Rat anders begründet ist. Patrick Angele hat seit seiner Wahl immer wieder in Voten provoziert und ist manchmal auch an die Grenzen gegangen. Während meines Präsidialjahres habe ich mich bei mehr als einer Gelegenheit gefragt, ob es nötig ist, einzugreifen. Das hat die GEU nicht vergessen. Aber wird gehen nicht davon aus, dass Patrick Angele so gehandelt hat, weil er nicht anders konnte, sondern weil er es so wollte. Er wusste, was er tat und warum. Wir sind überzeugt, dass Patrick Angele weiss, dass der Präsident für ein Jahr Repräsentant des gesamten Gemeinderates ist und darum seine persönlichen Meinungen weitestgehend zurücknehmen muss. Die GEU erwartet von Patrick Angele in seinem Jahr als 1. Vizepräsident bei einer allfälligen Wahl jetzt schon eine Mässigung, sozusagen als Vorbereitung und um seinen Willen zu unterstreichen, den Anforderungen an das Amt des Präsidenten gerecht zu werden. Es gibt nur einen Grund, jemandem eine Wahl in ein Amt, auf das turnusgemäss Anspruch besteht, zu verweigern, und zwar dann, wenn der Kandidat nicht fähig ist, das Amt korrekt auszuführen. Die GEU ist sich sicher, dass Patrick Angele das kann, und ist zuversichtlich, dass er es auch will.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden die Vizepräsidenten in geheimer Abstimmung gewählt.

## Ergebnis 1. Wahlgang:

Zahl der Stimmberechtigten	40
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	40
./ . leere Stimmen	2
./ . ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	38
Absolutes Mehr	20
Stimmen erhielten:	
Patrick Angele (Juso)	19
Max Senn (SP)	19
=massgebende Stimmenzahl	<u>38</u>

Kein Kandidat hat das absolute Mehr erreicht. Es findet ein zweiter Wahlgang statt.



## Ergebnis 2. Wahlgang:

Zahl der Stimmberechtigten	40
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	40
./.. leere Stimmen	1
./.. ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	39
Absolutes Mehr	20
Stimmen erhielten:	
Patrick Angele (Juso)	19
Max Senn (SP)	16
Patric Crivelli (SVP)	4
=massgebende Stimmenzahl	<u>39</u>

Kein Kandidat hat das absolute Mehr erreicht. Es findet ein dritter Wahlgang statt.

## Ergebnis 3. Wahlgang:

Zahl der Stimmberechtigten	40
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	40
./.. leere Stimmen	1
./.. ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	39
Relatives Mehr	
Stimmen erhielten:	
Patrick Angele (Juso)	19
Max Senn (SP)	18
Patric Crivelli (SVP)	2
=massgebende Stimmenzahl	<u>39</u>

Patrick Angele (Juso) ist somit als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2009 / 2010 gewählt.

### **8.3 Wahl des 2. Vizepräsidenten**

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) den bisherigen 1. Stimmzähler Patric Crivelli (SVP) zur Wahl als 2. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden die Vizepräsidenten in geheimer Abstimmung gewählt.

Patric Crivelli (SVP) tritt als Stimmzähler in den Ausstand.



## Wahlergebnis:

Zahl der Stimmberechtigten	40
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	40
./ leere Stimmen	10
./ ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	30
Absolutes Mehr	16
Stimmen erhielten:	
Patric Crivelli (SVP)	20
Steven Sommer (SVP)	4
Vereinzelte	6
=massgebende Stimmenzahl	<u>30</u>

Patric Crivelli (SVP) ist somit als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2009 / 2010 gewählt.

### **8.4 Wahl der drei Stimmzähler**

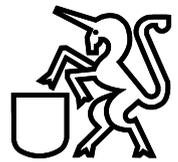
Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) folgende Ratsmitglieder als Stimmzähler vor:

- Rolf Biggel (FDP)
- Stefanie Huber (GEU)
- Stephan Schneider (CVP)

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

In offener Wahl werden die drei Vorgeschlagenen mit 36 zu 0 Stimmen als Stimmzähler für das Amtsjahr 2009 / 2010 gewählt.

---



Peter Bless kündigt an, dass der Ratsausflug am Freitag, 4. September 2009 stattfinden wird und bittet die Stadt- und Gemeinderäte, dieses Datum bereits zu reservieren.

Anschliessend lädt der Ratspräsident ein zum Apéro mit musikalischer Untermalung durch das Klarinetten-Ensemble „Con Anima“ der Allgemeinen Musikschule der Primarschule Dübendorf unter Leitung von Oliver Scurio.

## **Einwände**

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

---

Schluss der Sitzung: 21.35 Uhr

(Doppelsitzung)

---

## **Für die Richtigkeit**

Der Sekretär

Marcel Amhof



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler